

Rodekamp zum Völkerschlachtdenkmal als Nationaldenkmal und Zeichen europäischer Geschichte (S. 178-189) können hier nicht befriedigen.

Dresden

Sönke Friedrich

SANG WOOK PARK, Sächsische Kriegsindustrie und -wirtschaftspolitik 1914–1918, Wissenschaftlicher Verlag Berlin, Berlin 2003. – 277 S. (ISBN: 3-936846-47-2, Preis: 28,00 €).

PETER MERTENS, Zivil-militärische Zusammenarbeit während des Ersten Weltkriegs. Die „Nebenregierungen“ der Militärbefehlshaber im Königreich Sachsen (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde, Bd. 11), Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2004. – 607 S. (ISBN: 3-937209-57-3, Preis: 98,00 €).

Die landesgeschichtliche Forschung hat sich in den letzten Jahren intensiv mit der Entwicklung Sachsens im Deutschen Kaiserreich und der Weimarer Republik beschäftigt. Der epochalen Schnittstelle, dem Ersten Weltkrieg, der „Urkatastrophe“ des „kurzen 20. Jahrhunderts“ dagegen wurde bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Dabei eignet sich gerade das Königreich Sachsen mit seiner spezifischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur hervorragend, um das Agieren der Bundesstaaten im Weltkrieg beispielhaft zu veranschaulichen. Die Monographien von Sang Wook Park und Peter Mertens schicken sich nun an, diese Lücke zu schließen. Davon ausgehend, dass Sachsen im Vergleich zu den übrigen deutschen Bundesstaaten einen „außergewöhnlichen Industrialisierungsgrad“ (S. 10) aufwies und dass Klein- und Mittelbetriebe die Industriewirtschaft dominierten, dass das Königreich also von der so genannten „Friedenswirtschaft“ im besonderen Maß abhängig war, stellt Sang Wook Park die Frage, „wie sich die sächsische Wirtschaft im Rahmen der Kriegswirtschaft entwickelte, worin die Probleme der sächsischen Industrie und des Handwerks lagen und welche Konsequenzen der Krieg und seine Auswirkungen auf der regionalen Ebene hervorriefen.“ Ziel der Arbeit ist die Darstellung von „Entstehung, Entwicklung und Auswirkungen der Konflikte und Aktivitäten der sächsischen Wirtschaft auf der Basis des Dreieckverhältnisses von zentraler Militärbehörde, einheimischer Betriebe und Interessengruppen sowie sächsischer Regierung im kriegsbedingten Kräftefeld“ (S. 11). Der Vf. fokussiert dabei stets auf das Agieren der sächsischen Regierung, die sich trotz des verhängten Kriegszustandes und dem damit einher gehenden Übergang der Zivilgewalt auf die Militärbefehlshaber weiterhin als die zuständige Behörde für wirtschaftspolitische Fragen präsentierte. Steht daneben noch die Vorgehensweise der sächsischen Betriebe und von deren Interessengruppen im Vordergrund, tritt die Reichspolitik eher zurück.

Am Beginn der chronologisch gegliederten fünf Kapitel steht eine Bestandsaufnahme der sächsischen Wirtschaft am Vorabend des Ersten Weltkrieges. In diesem Zusammenhang erörtert der Vf. Überlegungen der sächsischen Regierung, der Kreishauptmannschaften und der Handelskammern, welche wirtschaftlichen Maßnahmen im Falle einer Mobilmachung oder gar eines Kriegsfall es zu ergreifen seien. Trotz Meinungsverschiedenheiten wurde schnell klar, dass schon bei einer Mobilmachung das Wirtschaftsleben nur mit großem Aufwand aufrechterhalten werden konnte. „Schwer absehbar schien dagegen die wirtschaftliche Entwicklung im Kriegsfall“ (S. 47). Konnten Rohstoffimport und Warenexport im Kriegsfall nicht gewährleistet werden, drohte der wirtschaftliche Kollaps. Sang Wook Park zeigt in den folgenden Kapiteln, dass die sächsische Regierung – trotz dieser offenkundigen Tatsache – in der Hoffnung auf einen kurzen Krieg ver-

harrte und die „aufgetretenen Probleme eher oberflächlich als tiefgründig“ (S. 66) zu bewältigen suchte. Das größte Versäumnis sei die schleppende Umstellung der Betriebe auf die Produktion von Kriegsbedarf gewesen. Die Folge war, dass kaum Heeresaufträge an sächsische Unternehmen vergeben wurden. Als das Reich mit Dauer des Krieges schließlich zur Zwangsbewirtschaftung vieler Wirtschaftszweige überging, war der Handlungsspielraum der sächsischen Unternehmer weitestgehend eingeschränkt. Die Initiative lag jetzt bei den Militärregierungen, und diese organisierten die Kriegsgesellschaften nicht nach einem „bestimmten Plan oder Prinzip“, sondern nach „Bedürfnis“. Dadurch geriet die sächsische Wirtschaftsstruktur durcheinander. Es ergaben sich „organisatorische Überschneidungen“ und „Unübersichtlichkeiten in der Zuständigkeit der Organisationen“ (S. 113). Mit dem Hilfsdienstgesetz und der Forcierung der Produktion in Hochleistungsbetrieben wurde eine Reihe von weniger effizienten Betrieben in Sachsen stillgelegt. Viele Arbeiter wanderten vor allem nach Preußen und Berlin ab. Angesichts ihrer Machtlosigkeit schlossen sich schließlich Vertreter aus Sachsens Industrie und Wirtschaft im letzten Kriegsjahr zum „Sächsischen Ausschuß für Übergangswirtschaft“ zusammen, um die wirtschaftspolitische Stellung Sachsens im Deutschen Reich zu stärken und den Übergang zur Friedenswirtschaft vorzubereiten. Sang Wook Park fasst resümierend zusammen, dass die sächsische Regierung ihrer Rolle als Mittlerin zwischen Militärbehörde und sächsischer Industriegesellschaft nicht gerecht wurde. Im Gegenteil: „Sie verhielt sich während des Krieges zurückhaltend und abwartend bei der Interessenwahrnehmung der regionalen Industrie gegenüber den Kriegswirtschaftsmaßnahmen der Reichsbehörde. Außerdem litt sie an einem Informationsdefizit und einem Mangel an Fachpersonal. Dadurch wurden die Handlungsspielräume immer enger, so daß ihre Tätigkeit für die vorherrschenden Probleme der Kriegswirtschaft auf der regionalen Ebene nicht sehr hilfreich, sondern oft hindernd wirkte“ (S. 242).

Sang Wook Parks im Jahr 2000 als Dissertationsschrift an der Technischen Universität Dresden angenommene Arbeit fußt auf einer breiten Quellengrundlage. Neben den Aktenbeständen der sächsischen Ministerien wurden vordergründig die Berichte und Mitteilungen der Handelskammern ausgewertet. Zahlen- und faktenreich untermauert der Vf. seine Argumentation und veranschaulicht seine Ergebnisse gelungen in einer Vielzahl von Schemata. Leider tendiert die Darstellung zu sehr in die Richtung einer reinen Institutionengeschichte. Die Frage nach persönlichen Handlungsspielräumen einzelner Akteure bleibt weitgehend unbeantwortet. Über die Bevölkerung, Opfer der katastrophalen wirtschaftlichen Situation, wird bis auf die Nennung von Arbeitslosenzahlen nichts gesagt. Auch hätte man gern mehr über politische Auseinandersetzungen zwischen den Unternehmern als Klientel der Nationalliberalen und den konservativen Vertretern der sächsischen Regierung erfahren. Zu wenig reflektiert hier der Vf. die Forschungsergebnisse über die Zeit Sachsens im wilhelminischen Kaiserreich. Neben diesen inhaltlichen Aspekten muss auch am stilistischen und formalen Charakter der Arbeit Kritik geübt werden. Umständliche Formulierungen und überflüssige Wiederholungen machen es dem Leser oft schwer, dem Handlungsstrang zu folgen. Zusätzlich erschwert eine Vielzahl an orthographischen und grammatikalischen Fehlern die flüssige Lektüre des Textes.

Steht bei Sang Wook Park die sächsische Regierung im Mittelpunkt der Betrachtung, untersucht die Arbeit von Peter Mertens am Beispiel der beiden sächsischen Stellvertretenden Generalkommandos – XII. Dresdner und XIX. Leipziger Königlich-Sächsisches Armeekorps – Rolle und Funktion der Militärbefehlshaber im Ersten Weltkrieg. Den stellvertretenden kommandierenden Generälen, reaktivierte Offiziere wie General v. Broitzem (Dresden) und General v. Schweinitz (Leipzig), wurden auf Grundlage des Kriegszustandsrechts quasi diktatorische Vollmachten verliehen. In ihrer Immediatstellung waren sie einzig und allein nur dem Deutschen Kaiser untergeben. Zivile Behörden

wie die sächsische Staatsregierung hatten sich ihrem Regiment unterzuordnen. Dieser Dualismus zwischen militärischer und ziviler Exekutivgewalt rief bei vielen Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft massive Kritik hervor, die Peter Mertens in fünf zu überprüfende Hypothesen zusammenfasst (S. 12 f.): 1. Ohne Rücksicht auf die gewachsenen Strukturen der zivilen Exekutive zu nehmen, übten die Militärbefehlshaber ihre Gewalt beinahe willkürlich aus. 2. Sie besaßen nicht die Fachkompetenz, um die innenpolitischen, sozialen, wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Aufgabenfelder adäquat bearbeiten zu können. Ihre Arbeit war insgesamt von Dilettantismus geprägt. 3. Um ihre einzigartige Machtposition zu sichern, blockierten die Militärbefehlshaber die für eine erfolgreiche Kriegsführung wichtige Zentralisierung der Behörden auf Reichsebene. 4. Ihre unkoordinierten Eingriffe trugen im Verlaufe des Krieges zur Destabilisierung der sozioökonomischen und politischen Ordnung bei. 5. Insgesamt ergibt sich daraus das auch von der bisherigen historischen Forschung gezeichnete Bild, dass die Institution „Militärbefehlshaber“ den kriegsnotwendigen Erfordernissen nicht gerecht wurde und damit den durch den Krieg beschleunigten Modernisierungsprozess von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft blockierte. Peter Mertens' Einschätzung nach basieren die Aussagen in der Forschungsliteratur aber „auf einer unzureichenden Kenntnis der Aktivitäten der Militärbefehlshaber“ (S. 13). Die Hauptursache dieses Forschungsdefizits liegt vor allem darin, dass es kaum Überlieferungen des preußischen Heereskontingents und somit der Mehrzahl der Militärbefehlshaber gibt, da die Aktenbestände 1945 vernichtet wurden. Als „Ersatzüberlieferung“ hätten sich, so der Vf., die Bestände des sächsischen Kriegsministeriums und der sächsischen Generalkommandos angeboten, weil das sächsische Heereskontingent „dasjenige der drei nichtpreußischen Kontingente des Reichsheers ist, das am stärksten der Hegemonie Preußens ausgesetzt ist und dementsprechend die meisten Gemeinsamkeiten mit der preußischen Armee aufweist.“ (S. 16). An den Anfang seiner Ausführungen stellt der Vf. das ausführliche und faktenreiche Kapitel „Sozioökonomische und politische Situation im Königreich Sachsen im Vorfeld und während des Ersten Weltkriegs“, in dem der aktuelle Forschungsstand präzise zusammengefasst und durch neu gewonnene Erkenntnisse ergänzt wird. Anschließend werden die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für die Aufgaben und Kompetenzen der Militärbefehlshaber abgeklärt und die ergriffenen Maßnahmen zur Herstellung der Kriegsbereitschaft und der darauf folgenden Mobilmachung erörtert. Die Überprüfung der oben genannten fünf Hypothesen erfolgt in drei umfangreichen und detaillierten Kapiteln über die Entwicklung der Aufgabenbereiche und Organisationsstrukturen der stellvertretenden Generalkommandos, über die Maßnahmen der Militärbefehlshaber zur Gewährleistung der „öffentlichen Sicherheit“ sowie über die kriegswirtschaftlichen Aufgaben der militärischen „Nebenregierungen“.

Am Ende der Untersuchung steht eine Neubewertung der stellvertretenden Generalkommandos. Die Ergebnisse zeigen, dass die Militärbefehlshaber keineswegs eine Willkürherrschaft ausübten (1). Der rechtlich-formalen Machtfülle der Generalkommandos stand praktisch eine „Kooperation mit den Zivilbehörden“ gegenüber, die als „Dreh- und Angelpunkt einer effizienten Handhabung des Belagerungszustandes“ unabdingbar gewesen ist (S. 555). Die Fäden der sächsischen Innenpolitik liefen weiterhin bei Innenminister Graf Vitzthum von Eckstädt zusammen. Auch in dessen Interesse kam es bezüglich der Sicherung der öffentlichen „Ruhe und Ordnung“ zu einer „engen und friktionsarmen zivil-militärischen Zusammenarbeit“ (S. 556). Ebenso wenig war die Arbeit der Militärbefehlshaber von Dilettantismus geprägt (2). Vielmehr „stellen sich die stellvertretenden Generalkommandos XII und XIX als weitgehend effektiv arbeitende Organisationen dar, in denen nach Anlaufschwierigkeiten die einzelnen Teilbereiche recht gut aufeinander abgestimmt“ waren (S. 555). Der Kritik, die Militärbefehlshaber hätten die kriegswichtige Zentralisierung auf Reichsebene blockiert (3), hält Peter Mertens entgegen, dass gerade die Erschließung regionaler Ressourcen eine besondere Stärke

sei, „da dezentrale, mit großer Eigenverantwortung ausgestattete Organisationen wie die stellvertretenden Generalkommandos die örtlichen Besonderheiten flexibler zu beherrschen vermögen als dies von Berlin aus möglich ist.“ (S. 557). Eben diese Effizienz der regionalen Militärinstanzen führte zu einem Vertrauensverlust der sächsischen Bevölkerung gegenüber den Zivilbehörden. So trug paradoxerweise gerade der Erfolg der Militärbefehlshaber zur Destabilisierung des monarchischen Systems bei (4). Insgesamt ist auch die Behauptung, die militärischen „Nebenregierungen“ hätten den innenpolitischen Modernisierungsprozess im Deutschen Reich blockiert, nicht mehr generell aufrecht zu erhalten (5). Für die von ihnen erwartete „Aufgabenerfüllung“ waren die Militärbefehlshaber vielmehr gezwungen, „handfeste Kompromisse“ mit verschiedenen politischen und sozialen Gruppen zu schließen. „Diese Kompromisse“, so der Vf. in seinem Fazit, „bilden auf einigen Gebieten den Ausgangspunkt oder Beschleuniger für einen sozialen und wirtschaftlichen Wandel, der teils auf den Krieg beschränkt ist, teils aber auch über ihn hinaus wirkt“ (S. 563).

Peter Mertens Dissertationsschrift, die im Wintersemester 2001/2002 an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster angenommen wurde, ist eine gut geschriebene, fakten- und zitatenreiche Arbeit. Die verschränkten Strukturen der Militärinstitutionen werden in einer Reihe von Tabellen, Schemata und Organigrammen veranschaulicht. Eine – leider weitverbreitete – Unsitte ist es allerdings, dass bei der Angabe der archivischen Fundstellen die einzelnen Dokumententitel bis auf wenige Ausnahmen ungenannt bleiben. Wird die Art der Quelle nicht angegeben, sind zitierte Auszüge für den Leser zeitlich wie thematisch nicht einzuordnen; der Aussagewert der Quelle lässt sich nicht nachvollziehen. Problematisch scheint auch, dass Peter Mertens, wie auch Sang Wook Park, den m. E. überholten Begriff „Kriegsausbruch“ verwendet. Kriege brechen nicht einfach und unvermittelt aus, wie dies der Begriff suggeriert, sondern sie werden ganz bewusst begonnen. Der angemessenere Begriff wäre daher „Kriegsbeginn“.

Peter Mertens bemerkenswerte Arbeit ist in zweifacher Hinsicht für die Geschichtswissenschaft von Bedeutung. Zum einen liefert die detaillierte Analyse über die Institution der Militärbefehlshaber einen wichtigen Beitrag zum besseren Verständnis der inneren Verfasstheit des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg und schließt damit zugleich eine Forschungslücke. Zum anderen wird sie hoffentlich wichtige Impulse für die weitere Erforschung der sächsischen Geschichte während des Ersten Weltkrieges geben, denn hier stehen vor allem hinsichtlich der parteipolitischen Entwicklung noch weitere Forschungen aus.

Dresden

Carsten Schmidt

KARLHEINZ SCHALLER, „Radikalisierung aus Verzweiflung“. Geschichte der Chemnitzer Arbeiterschaft vom Ersten Weltkrieg bis zur Inflation (1914 bis 1923), Verlag für Regionalgeschichte, Bielefeld 2003. – 264 S. (ISBN: 3-89534-480-X, Preis: 24,00 €).

Um die Chemnitzer Stadtgeschichte speziell des 20. Jahrhunderts ist es schlecht bestellt. Wie in vielen Städten der ehemaligen DDR wurde die jüngere Lokalgeschichte während des SED-Regimes vernachlässigt bzw. ausschließlich nach Maßgabe der staatssozialistischen Parteihistoriographie betrieben, wovon noch die 1988 erschienene Stadtgeschichte von Karl-Marx-Stadt ein beredtes und für die Spätphase der DDR sogar extremes Zeugnis ablegt. Die stadtgeschichtlichen Arbeiten der SED-Zeit zur Chemnitzer Zeitgeschichte verbergen mehr, als dass sie zur Erhellung beitragen, und der Historiker steht – das ist für den Forschungsstand zu regionalgeschichtlichen Problemen des vergangenen Jahrhunderts auf dem Gebiet der neuen Länder der Bundesrepublik Deutsch-